

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

197 (29.4.1926) Morgenausgabe

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 28. April. (Funkpruch.) Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Marx. Präsident Böbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und begrüßt den Alterspräsidenten des Reichstages, den Abg. von Götze, dessen Platz mit einem großen Trauerroser Rosen geschmückt ist, zu seinem 80. Geburtstag. Er weist darauf hin, daß der Abg. von Götze mit kurzen Unterbrechungen 42 Jahre lang dem Reichstag angehört habe. Das sei ein seltenes Ereignis in der Geschichte des Reichstages. (Beifall.)

Das deutsch-griechische Abkommen wegen Aufhebung des Ausführungszwanges für Erfindungspatente wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zur Verhandlung steht dann der Gesetzentwurf über die Verhaftung des Zweikampfes.

Danach kann bei einer wegen Duellvergehens erkannten Strafe auf Verlust der bestellten öffentlichen Ämter und bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. In besonders schweren Fällen muß hierauf erkannt werden.

Reichsjustizminister Dr. Marx bittet um schnelle Erledigung der Vorlage, die noch vor dem 1. Mai erledigt werden muß. Der Gesetzentwurf wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Zur Verhandlung steht dann der durch das Volksbegehren zur Vorlegung an den Reichstag gelangte sozialdemokratisch-kommunistische Gesetzentwurf zur

Enteignung der Fürstenvermögen.

Auf Antrag der Volksfraktion wird mit der Debatte ein Gesetzentwurf zur Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten verbunden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) kritisiert die Vorgänge im Rechtsauschuß. Alle anderen Mittel versagen. Es bleibe nur der Volksentscheid und die entschlagslose Enteignung der Fürsten. Das deutsche Volk klopfte an die Türen des Parlaments. Die unerhörte Habgier der Fürsten, die durch die Justiz noch unterstützt werde (große Unruhe rechts), habe dem Volksbegehren viele Stimmen aus allen Parteien zugeführt. Die unerträgliche Gier nach Reichthum sei das Kennzeichen der deutschen Fürsten. Die Fürsten hätten das deutsche Volk in den Krieg gestürzt. (Unruhe rechts und Zurufe: Geschichtslüge!)

Abg. Graf Westarp (D.N.) lehnt den Enteignungsgesetzentwurf ab. Eine Begründung dieser Ablehnung erübrige sich. Sie sei selbstverständlich. Dieses erste Volksbegehren sei ein Begehren des Unrechts und des Raubes. (Lärm links.) Die Linke berufe sich auf die 12 1/2 Millionen Stimmen. Aber 27 1/2 Millionen Wahlberechtigte hätten dieses Treiben abgelehnt. Die 12 1/2 Millionen Stimmen seien gewonnen worden durch eine Fülle von Unwahrhaftigkeiten. (Unruhe links.) Unwahr sei, daß den Fürsten aus allgemeinen Mitteln Vermögens zugewendet werden sollen. Es handele sich um Rückgabe widerrechtlich entzogenen Besitzes. Unwahr sei, daß dem Volke dadurch neue Lasten auferlegt werden sollen. Gerade das Hohenzollernhaus habe auf 83 Prozent, das sind mindestens 873 Millionen, seines früheren Vermögens verzichtet. Der Geldzug der Unwahrhaftigkeit sei durch alle Mittel terroristischen Zwanges und gewalttätiger Demonstrationen unterstützt worden. Lüge und Terrorismus seien von jeher die Mittel der Revolution gewesen. (Große Unruhe links.) Eine neue Revolution sei es, die jetzt eingeleitet werden solle. Es gehe um die Rechtsgrundlage des Staates, um die Eigentumsordnung, deren Umsturz Volkswort bedeute. Dem Besitz der Fürsten solle dann das Vermögen der Kirche und schließlich alles Eigentum folgen. Mit ihrem schlechten Gewissen wegen des Revolutionsverbrechens wollten die Urheber der Agitation den monarchischen Gedanken todschlagen. (Lebhafte Beifall rechts, Lärm links.) Darum giese man immer wieder gegen die Fürsten Rüssel und Schmiß aus. Keine Lüge sei in diesem Kampfe zu plump, keine Verleumdung zu dumm und zu gemein. Der derzeitige Innenminister habe dem Kaiser einen Vorwurf daraus gemacht, daß er sich nach Holland begeben habe. Wie könne man den Kaiser deshalb beschimpfen, weil er den Bürgerkrieg vermeiden wollte. (Große Unruhe links.) Dieses ganze Treiben der Lüge und Verleumdung müsse mit heftiger Berichtigung und unäuglichem Ekel erfüllen. (Erneuter großer Lärm links.) Die Deutschnationale Partei werde den Kampf gegen Lüge und Verleumdung aufnehmen. Der Ruhm der 600jährigen Geschichte der Hohenzollern werde noch in hellem Glanze durch die Jahrhunderte strahlen, wenn das revolutionäre Treiben unserer Tage löst in seiner ganzen jammervollen Niedrigkeit erkannt sein werde. Der Redner schließt mit einem Appell an Rechtsbewußtsein und Anstandsgewissen, an Dankbarkeit und Treue. (Lebhafte Beifall bei den Deutschnationalen. — Großer Lärm bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Abg. Dr. Wunderlich (D.N.P.) lehnt den Gesetzentwurf ab, weil er eine brutale Entredung einer Gruppe von Staatsbürgern sei. Dieser Gesetzentwurf widerspreche sowohl dem Wortlaut als auch dem Geist der Verfassung.

Drollige Verwechslung.

Goethe-Anekdoten.

Wenn jemand, wie es auch Goethe zuweilen beliebte, unerwähntem Namen reist, so wird und darf es selbst eine Bezeichnung nicht wahren und verdrießen, unerkannt zu bleiben; im Gegenteil, es ergeben sich häufig aus solcher Pseudonymität die launigsten Situationen.

Einmal hatte, so wird erzählt, Reichardt, der Komponist, zu August Lafontaine, dem berühmten Modernanschriftsteller, die beide in Halle wohnten, gesagt, daß er in einigen Tagen ihm einen Kaufmann aus Hamburg zuführen werde, und wirklich kam er auch mit einem Fremden zu ihm, den er ihm mit einigen Worten vorstellte, die er nicht verstand und für das Gewöhnliche nahm. Man ging in den Garten. Den Fremden interessierte die lange Baumallee. Er blieb am Ende des Ganges stehen, betrachtete lange die Aussicht und äußerte dann, eine so imposante Masse von großartigen Gebäuden, wie sich hier auf einen Blick darbiete, nie, selbst in Italien nicht, gesehen zu haben. Das Gespräch lenkte sich davon auf Kunst und Altertum, und Lafontaine horte mit Erstaunen, wie kenntnisreich dieser Kaufmann war, an welchem sein Interesse von Minute zu Minute wuchs. Es war ganz gegen seine Sitte, jemand um seinen Namen zu fragen, diesmal aber sagte er beim Abschied: „Mein Herr! Sie haben mir ein so großes Interesse eingeflößt, daß ich nicht unterlassen kann, Sie um Ihren Namen zu bitten.“ „Mein Name ist Goethe“, war die Antwort. — „Mein Himmel“, sagte Reichardt, „ich hab's Ihnen ja beim Eintreten gesagt.“ — „Was wollen Sie gesagt haben? Einen Kaufmann aus Hamburg haben Sie mir angekündigt, und beim Eintreten haben Sie nichts gesagt, sondern nur etwas gemurmelt. Wenn Sie künftig Goethe antändigen, so sprechen Sie deutlich, Herr! Sie brauchen bloß seinen Namen zu nennen. Aber“, so wendete er sich zu Goethe, „im Grunde ist mir das Mißverständnis recht lieb; denn hätte ich Ihren Namen gewußt, so hätte ich gleich nichts anderes von Ihnen erwartet, als was ich gehört habe.“ Schnell eilte er nun aber zu seiner Frau: „Geschwind, Fielchen, Goethe!“ Die gute Frau aber sah nichts weiter als — was mancher Kritiker auch nur gesehen hat — seinen Kopf.

Es ist auch vorgekommen, daß man scherzhafterweise einen anderen für Goethe ansah, wie im April des Jahres 1775, als Klopstock den Einfall hatte, den ihn begleitenden Boie dem Superintendenten Kaiser in Eimbeck als Goethe vorzustellen, als der er mit sehr vielem Respekt empfangen ward. „Selbst durch Eimbeck, wo man gar nicht liebt“, so schrieb Boie am Merd, „ließ die Nachricht, daß Goethe da sei, wie ein Lauffeuer.“ Die Entwidlung machte hernach allen viel Spaß.

Daß Goethe aber noch im Jahre 1818 auf Grund einer Namensähnlichkeit mit einem anderen verwechselt wurde, ist eine Begebenheit von solcher Komik, daß man ihrer gern mit Schmunzeln wieder gedenkt.

Abg. Neubauer (Komm.) wirft den bürgerlichen Parteien Liebedienerei gegenüber den Fürsten vor. (Die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.)

Abg. Freiherr von Rittschhausen (Dem.) beklagt den Zwiespalt des Reichstages in dieser wichtigen Frage. Die Nation über- sammlung in Weimar habe nicht so ausgesehen, daß im Reichstag einst große Parteien für die Verdienste der Fürstenhäuser eintreten würden. Die Demokratische Partei erkenne die Verdienste mancher Fürsten durchaus an. Es habe unter ihnen aber auch „solche und solche“ gegeben. Vom historischen Standpunkt müsse man aber betonen, daß das Vorhandensein dieser zahlreichen Fürstenhäuser zur politischen und religiösen Zerrissenheit des deutschen Volkes beigetragen habe. Die Fürstenfamilien könnten nicht von der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausgenommen werden. Man könne nicht ihnen allein ihr früheres Vermögen sichern, während alle anderen Volksgenossen als Folge der allgemeinen Not vieles, manche alles verloren haben. Der Redner lehnt das Enteignungsgesetz ab, weil es große Ungerechtigkeiten enthalte. Es bestche beispielsweise keine Veranlassung, den durchaus volksfreundlichen Prinzen Max von Baden zu enteignen. Leider sei das Kompromiß an dem Widerstand der großen Flügel- parteien gescheitert. Der Redner kündigt einen Änderungsantrag an, wonach die Länder den enteigneten Fürstenfamilien durch Landesgesetz eine Abfindung zu gewähren haben, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung erlaubt.

Reichsinnenminister Dr. Kütz erklärt, daß die Reichsregierung keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie mit dem Enteignungsgesetz nicht einverstanden sei. Auch die sozialistischen Regierungen nach der Revolution haben sich immer gegen entschlagslose Enteignung ausgesprochen. Die Revolution habe ver- säumt, das Revolutionsproblem der Auseinandersetzung mit den Fürsten zu lösen. Die zu weit gehenden Ansprüche der Fürsten- treue er haben jetzt das Problem neu aufgerollt. Unter den parla- mentarischen Regime wäre es erwünscht, wenn die Lösung auf par- lamentarischem Wege erfolgte. Die Kommunisten verfolgten mit dem Volksentscheid noch politische Nebenziele, die die Regierung unmöglich billigen kann. In der kommunistischen Presse ist zuge- geben worden, daß der Volksentscheid dazu benützt werden soll, um den Sturz der Regierung und die Auflösung des Reichstages zu erreichen und zum Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer (hört, hört bei den Sozialdemokraten). Die Reichsregie- rung gibt die Hoffnung nicht auf, daß die Par- teien des Reichstages sich noch zu einer ge- meinsamen Lösung des Problems zusammenfinden werden.

Abg. Schulte (Ztr.) verliest eine Erklärung der Zentrumsfraktion gegen das Enteignungsgesetz. Dieses Gesetz wäre nicht nur ein schwerer Eingriff in das formale Recht, sondern auch eine Durchbrechung des christlichen Grundgesetzes vom Schutze des Eigentums. Die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens für die Kriegs- und Inflationsoffer seien geeignet, die Begehrlichkeit der breiten Massen durch trügerische Hoffnungen zu steigern. (Lärm links und Rufe von der Publikumstribüne.) Diese Hoffnungen würden irrig sein, denn die von der Enteignung stammenden Mittel würden niemals zur Verringerung der Not dieser Volkskreise ausreichen. Das Zentrum erstrebe eine Lösung, die den Grundbesitz des Reichs, aber auch den veränderten staatlichen Verhältnissen und der Verarmung des Volkes Rechnung trägt.

Die Abgeordneten Hampe (D.N.) und Dr. Pfeiffer (D.N.) verlesen Erklärungen ihrer Fraktionen, die gleichfalls die Ableh- nung des Enteignungsgesetzes fordern.

Abg. Dr. Fried (Wst.) wendet sich gleichfalls gegen die En- teignungsvorlage und bezeichnet das Volksbegehren in diesem Falle als verfassungswidrig. Dagegen sei der Volksentscheid über die Aufwertungsfragen nach der Verfassung zulässig. Der Redner fordert Enteignung der Reichsfürsten.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. In persönlicher Bemerkung verwarft sich

Abg. Dr. Eweling (D.Nat.) gegen die Angriffe des kommunistischen Redners, der ihn als gefassten Fürstentum bezeichnet hatte. Der Redner erklärt, er freue sich, daß sich die Rege der Lin- ken gegen ihn gerichtet habe, weil er dadurch einen Teil des Schmutzes habe abhalten können, der gegen das königliche Haus von Hohenzollern gerichtet war. Große Heiterkeit entlockt, als der Redner dem kommunistischen Sprecher vorwirft, er habe bei seinen Berechnungen 41 000 Heller aus der Luft gegriffen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr; Duellgesetz, Fürstenabfindung. Schluß 6.30 Uhr.

Das Schankstättengesetz.

Das Gemeindebestimmungsrecht nicht mit einbezogen.

* Berlin, 28. April. (Funkpruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde mit 15 gegen 14 Stimmen ein Antrag angenom- men, wonach das Gemeindebestimmungsrecht nicht in

das Schankstättengesetz aufgenommen werden soll. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, durch die die Reichs- regierung ersucht wird, baldigt in eine Prüfung einzutreten über 1. die derzeitigen Mißstände im Schankstättenwesen unter dem Ge- sichtspunkt der Volksgesundheit, des Familienlebens und des Jugend- schutzes, 2. die Mißstände bei Verleihung von Konzessionen, 3. die Dienstlichkeit einer stärkeren Heranziehung von Gemeindegewerblichen zur Bekämpfung dieser Mißstände. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Abg. Frau Lüders (Dem.) und des Abg. Stratzmann (D.N.), das Schutzgesetz gegen den Alkoholismus schleunigst vorzu- legen.

Ein freches Verbrechen.

(Eigener Kabeleient der „Badischen Presse“.)

JNS, Chicago, 28. April. Auf offener Straße wurde heute ein beispielloses Verbrechen verübt. Der junge Chicagoer Staatsanwalt William Mac Swiggin, der wegen der rücksichts- losen Schärfe, mit welcher er die Verbrecherwelt bekämpfte, in diesen Kreisen den Spitznamen „der Hängehaarsanwalt“ führt, stand mit einem notorischen Alkoholschmuggler namens James Doherty und einem Kneipwirt namens James Duffy auf der Straße und unter- hielt sich mit ihnen. Nüchlich fuhr ein Kraftwagen vor, auf dessen Vorderbord ein Maschinengewehr montiert war, eröffnete das Feuer auf die Gruppe, tötete alle drei und jagte wieder da- von. Der Staatsanwalt hatte offenbar die Unterredung mit den Beiden herbeigeführt, um von ihnen Informationen für einen be- vorstehenden Prozeß gegen eine Verbrecherbande zu erhalten, die wohl befürchteten, von den Beiden verraten zu werden. Das Attentat ist jedenfalls von Angehörigen oder von Freunden dieser Bande verübt worden.

Schwere Zuchthausstrafen für eine Einbrecherbande.

TU, Chemnitz, 28. April. In dreitägigen Verhandlungen hat- te sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht Chemnitz eine fünfköpfige Diebesbande zu verantworten, die namentlich im Erzgebirge ihr schreckenerregendes Unwesen trieb. Das Gericht erkannte auf schwere Zuchthausstrafen. Der Haupttäter, der Schlosser Koller, wurde wegen schweren Rückfalldiebstahls in 22 Fällen, wegen Gefangenen- meuterei, Funduntererschlagung, verbotenen Waffenbesitzes usw. zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Schlosser Breuer erhielt wegen schweren Rückfalldiebstahls in 14 Fällen fünf Jahre Zuchthaus, acht Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Strumpfwirker Sternkopf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und vier Jahre Ehrenrechtsverlust. Die beiden übrigen, wegen Hehlerei Angeklagten, je ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

13 Jahre 2 Monate Zuchthaus für einen Räuber.

TU, Baderborn, 28. April. Das Schwurgericht Baderborn ver- urteilte den Bergmann Knappe aus Gelsenkirchen wegen eines schweren Raubüberfalles, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, zu 13 Jahren zwei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenverlust.

Ankunft deutsch-amerikanischer Sänger in Hamburg.

TU, Hamburg, 28. April. Der „Mittwälder-Liedertranz“ traf heute vormittag in Stärke von 250 Mitgliedern, von Bremen kom- mend, auf dem Hamburger Hauptbahnhof ein, wo sie durch einige Hundert Hamburger Sänger und verschiedene Abordnungen der Vereinigten Hamburg-Altonaer Sängerschaft begrüßt wurden.

Schweres ExploSIONSUNGGLÜCK.

New York, 28. April. Wie aus Oakland gemeldet wird, explodierten bei Sprengungsarbeiten 1500 Pfund Dynamit, wodurch vier Arbeiter tödlich in Stücke gerissen wurden.

Zwei Arbeiterzüge zusammengestoßen.

Brüssel, 28. April. Bei Antwerpen stießen zwei Arbeiterzüge zusammen, wobei 30 Reisende verletzt wurden.

Sages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inlandsteil.)
Donnerstag, den 29. April.
Landestheater: Wallenstein's Tod, 7 1/2—11 Uhr.
Konzerthaus: Galkiel Maria Wagners mit ihrer Singschule.
Cafétheater: Galkiel's Tod, 7 1/2—11 Uhr.
Bärenwälder: Lichtbild-Vortrag im Ehrenpavillon 8, 8 1/2 Uhr.
Wiener Hoftheater: Täglich Kabarettvorstellung, 8 Uhr.
Mozart-Konzert: Täglich Konzert mit Klavier, 8 Uhr.
Kaffee-Theater: Großes Unterhaltungs- und Musik-Theater, 8 Uhr.
Reizend-Lichtspiele: Komete macht alles; Karys Semon als Landwirt.
Union-Theater: Das goldene Kalb; Bad Dampfen.
Palast-Theater: Der Rosenkavalier.

Der Berliner Theatertruff.

Von Herbert Ihering.

Der Zusammenschluß der Reinhardt-, Barnowsky- und Robert- bühnen hat die alte Frühjahrs- der Berliner Theater von neuem unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft“ unter der Aufsichtung Ensembleaufbau verdirbt sich weiter nichts als der Plan einer rücksichtslosen Ausnutzung aller Arbeitskräfte. Das idealistische Mühen hingen sich auch die Rotter an: sie nannten sich die Nachfolger Otto Brauns. Die Schauspielerver- wertungsgesellschaft der Reinhardt-, Barnowsky- und Robert- bühnen fördert nicht den Ensemblegedanken, sondern versucht, das Starprinzip im Ensembleprinzip zu verankern. Vielleicht wird Rein- hardt für einen Teil der Spielzeit nach Amerika gehn. Was liegt da näher, als daß sich das Deutsche Theater der anderen großen Zugkraft versichert: Elisabeth Bergner. Schon hört man denn auch, daß Barnowsky in der nächsten Spielzeit eine Aufführung am Deut- schen Theater inszenieren wird, in der Elisabeth Bergner die Haupt- rolle spielt. Es wäre gewiß erfreulich, wenn den unglücklichen Zu- ständen im Berliner Billerhandel ein Ende gemacht würde. Ob die Publikumsorganisation, die die drei Bühnen aufbauen wollen, dazu im Stande sein wird, ist allerdings fraglich.

Man wird abwarten müssen, wohin der Spielplan sich neigen wird. Vorläufig ist an allen Bühnen des zukünftigen Konzerns die Neigung zum nächsten Konversationsstück vorherrschend. Bei Bar- nowsky in der Königgrüherstraße „Mrs. Cheneys Ende“, in der Tribüne der „Rubicon“, im Deutschen Theater „Unsere Kinder“ von Israel Jangwill, und demnächst in den Kammertheatern noch eine englische Premiere. Die Anglisierung Berlins schreitet fort. „Unsere Kinder“ ist eine fadweilige Wiederaufnahme der „Jugend von heute“, die man, als sie von Otto Ernst war, ablehnte und nun da sie von England und Amerika verbracht zurück kommt, erst recht ab- lehnen muß. Es ist wiederum der Triumph des Lustspiel-Bad- fisches. Mary Sundale gant ihre Eltern aus, flüchtet an Dachtrinnen herab ins Fenster, schwärzt Unfuss und ist frech, bis sie goldig und lieb wird, als sie erklärt, daß ihre Mutter oertert werden soll. Diesen Badfisch spielt Grete Mosheim, die seit ihrem Erscheinen „Man kann nie wissen“ auf diesem Gebiet eine Berliner Spezialität ist. Grete Mosheim hat eine durchaus persönliche Drollerei, die aber, wenn die Rolle allzu groß ist, wenn der Requisite fehlt, an die Grenzen der Monotonie kommt. Diesmal fehlte der Requisite. Der gute Schauspieler Paul Otto ließ das englische Lustspiel in einer beratig ungegliederten Uebersetzung herunterfahren, daß die Rol- len und Situationen völlig entzweit wurden. Unentwärtlich affektiert Hubert von Meyer in d. Trotz einiger guter Schauspieler ein un- erfreulicher, fast quälender Abend.

Will die neue Arbeitsgemeinschaft auf diesem Niveau fortfah- ren? Will sie die Entpersönlichung des Berliner Theaters? Die Befreiung von individuellen Begabungen?

Eulpe.

Von Hans Franok.

So sehr lehnt unter allen Blumenbechern des Frühlings keine sich, die Sonne fest zu halten, da der allerletzte Rest der Angst vor jenem Weiß, das von den Dächern

an ihrem ersten Tag herabgeschneht nicht aus ihr weichen will, schreit sie nach Licht. Das bloße Blühen — ihr genügt es nicht. Zu wenig, wenn die Sonne nur verblüht!

Doch wie ein Tröpfchen von dem ewigen Fließen erhaschen? Weiter öffnen? Dicker schließen? Mit jedem Tag tut sie sich tiefer auf dem Du. In jeder Nacht schlägt sie es fester in sich zu. Und sieht nicht über solchem eiervollen Mühen, wie sie ein Teil der Sonne wird in ihrem Glühe.

Der badische Staatsvoranschlag.

Die Mannheimer Mairennen.

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags setzte in seiner gestrigen Vormittagsitzung zunächst die Erörterung über die Eingabe des Badischen Kennvereins Mannheim fort, den Anteil der Kennvereine an dem Ergebnis der Kennwertsteuer zu erhöhen. Der Staatsvoranschlag rechnet mit 1 Million RM. Aufkommen aus der Kennwertsteuer, wobei etwa die Hälfte auf die Buchmachersteuer und die weitere Hälfte auf die Totalisatorsteuer entfällt. Nach dem Gesetz über die Kennwertsteuer soll von der Totalisatorsteuer etwa ein Drittel der Förderung der Pferdegazucht zugeführt werden. Im wesentlichen wurden diese Mittel bisher zur Unterstützung der badischen Kennvereine verwendet, die 90 v. H. der Totalisatorsteuer erhielten, die die wesentliche finanzielle Grundlage für die Durchführung der Rennen bildeten. Der neue Voranschlag sieht nun eine wesentliche Kürzung des Anteils der Kennvereine vor, so daß hierdurch die Durchführung der Veranstaltungen der badischen Kennvereine in Frage gestellt ist. Der Badische Kennverein Mannheim wünscht in seiner Eingabe eine Regelung, die ihm die Durchführung der bevorstehenden Mairennen ermöglicht.

Der Berichterstatter, Abg. Weichhaupt (Ztr.), sprach sich für Entgegenkommen gegenüber dem Badischen Kennverein Mannheim aus, aber nur in der Weise, daß ihm jetzt ein erhöhter Vorschuß gewährt und die als Anteil der Kennvereine vorgesehene Summe nicht erhöht wird. Der Vertreter der Regierung machte den Vorschlag, dem Kennverein Mannheim zu gestatten, von dem Aufkommen an Totalisatorsteuer 80 v. H. vorläufig zurückzubehalten. Ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung trat für die Unterstützung der Kennvereine ein, da man diese nicht schwächen dürfe, wenn man durch sie so hohe Beträge erhalte. Der Vertreter der kommunistischen Gruppe stellte den Antrag auf Streichung jeder Zuwendung an die Kennvereine. Von einem Mitglied der demokratischen Fraktion wurde betont, daß die Kennvereine einen moralischen Anspruch auf einen Anteil an der Kennwertsteuer in der bisherigen Höhe hätten, da sie auf ihre Eingabe an das Ministerium keine abschlägige Antwort erhalten und deshalb darauf vertraut hätten, die Veranstaltungen auf der bisherigen finanziellen Grundlage aufbauen zu können. Der sozialdemokratische Redner hob hervor, daß seine Partei den Anstoß für die Verringerung des Anteils der Kennvereine gegeben hätte und sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag der Stimme enthalten würden. Ein Zentrumsredner vertrat den Standpunkt, daß man in der Schöpfung der Kennvereine soweit wie erträglich gehen müsse, es aber falsch sei, die Einnahmequellen zu zerstören. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei erklärte seine Zustimmung zu der vorläufigen Regelung, da sie zunächst einmal die Durchführung der Mannheimer Rennen gewährleiste. Die endgültige Regelung müsse so sein, daß die für die Durchführung der Rennen notwendige finanzielle Basis vorhanden sei. Wenn man in Baden die Kennvereine durch ungenügende Unterstützung unmöglich mache, dann bestünde die Gefahr, daß Baden aus der Kennwertsteuer überhaupt nichts mehr bekomme, da dann die anderen Staaten eine neue Verteilung dieses Aufkommens lediglich nach dem Ort des Aufkommens verlangen würden.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit allen Stimmen gegen eine kommunistische Stimme bei Enthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt und der durch die Regierung vorgeschlagene vorläufige Regelung zugestimmt.

Dann legte der Ausschuß die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern bei dem Voranschlag der Bezirksverwaltung fort, gegen den erhebliche Beanstandungen nicht erhoben wurden. Die Frage der Höherbeförderung der Beamten wurde, wie schon früher, einer späteren Beratung vorbehalten.

Eine längere Aussprache ergab sich bei den Anforderungen im außerordentlichen Etat für den

Luftverkehr.

für den für die Jahre 1926 und 1927 zusammen 320 000 RM. vorgesehen sind. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Föhr (Ztr.) legte sich für eine Eingliederung der Stadt Freiburg in den Luftverkehr ein und wurde durch die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Bürgerlichen Vereinigung warm unterstützt. Der Berichterstatter der Regierung gab eingehende Darstellungen über die hinsichtlich der Einrichtung des Luftverkehrs in Baden geplanten Unterhandlungen und über die Schwierigkeiten, die sich für die Eingliederung der Stadt Freiburg ergeben haben. Ueber diese ganzen Fragen wird die Regierung in Kürze eine Denkschrift vorlegen. Der Berichterstatter bezieht sich vor, zu Gunsten der Stadt Freiburg einen entsprechenden Antrag zu stellen. Bis zur Vorlage der Regierungsdienstschrift wurde die Position zurückgestellt.

Gleichfalls zurückgestellt wurde die Beratung der im außerordentlichen Etat ausgewiesenen Anforderungen für Umbau und Erweiterung des Amtshauses in Schopfheim in Höhe von 152 000 RM. und für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Bezirksamt Rehl in Höhe von 450 000 RM.

Polizei und Gendarmerie.

Insgesamt werden hierfür im ordentlichen Etat 17 503 700 RM. (gegenüber bisher 13 272 280 RM.) und im außerordentlichen Etat 190 000 RM. angefordert. Die Regierung gab eine eingehende Darstellung der Umorganisation der uniformierten Polizei, die durch die Forderungen der Entente auf Grund der Entwaffnungsnotwendigkeit war. Bekanntlich war die Militärkontrollkommission der Ansicht, daß Deutschland 30 000 Mann Polizei zu viel unterhalte. In Baden trat eine Verminderung um 3000 Polizeibeamte bei der verlangten Umorganisation ein, so daß jetzt in Baden etwa 1800 uniformierte Polizeibeamte vorhanden sind. Durch die Beseitigung der militärischen Organisation wurde die Unterstellung der Polizei unter die Polizeidirektion erforderlich. Vorgezogen ist die Verstaatlichung der Polizei in Durlach und Lorrach, während über die Verstaatlichung der Polizei in Offenburg bisher noch kein Beschluß herbeigeführt wurde.

Eine eingehende Erörterung durch den Ausschuß fand die Frage der Zahl und Höhe der Polizeikassen und der Verkehrs-polizei. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter verlangte Auskunft über die Gründe, weswegen der Titel „Polizeileutnant“ beibehalten worden sei. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß bisher die Polizeileutnants in Gruppe 5 und 6, die Oberleutnants in Gruppe 7 und 8 entsprechend den gleichwertigen Stellen der Reichswehr eingestuft gewesen seien. Bei Beibehaltung dieser Titel könne auch keine andere Eingruppierung erfolgen. Um eine Höherbeförderung zu ermöglichen, wolle man diese Beamte unter die Polizeikommissare eingliedern, so daß die Polizeileutnants etwa in Gruppe 7 und die Polizeioberleutnants in die Gruppen 7 und 8 kämen. Durch eine solche Regelung würde das Interesse der Beamten selbst gewahrt.

Bei der Beratung der Position Kriminal- und Fahndungspolizei wurde ein Gesuch des Landesverbandes Badischer Polizeibeamten erörtert und der Antrag auf Ueberweisung des Gesuches an die Regierung zur Kenntnisnahme gestellt. Der Berichterstatter berichtete weiter über ein Schreiben der Kriminalpolizei Freiburg, in dem darauf hingewiesen wird, daß auch dieser Voranschlag der Kriminalpolizei nur geringe Aussicht auf Besserstellung bringe. Man solle deshalb einen Ausgleich schaffen durch Wiederherstellung der früheren Dienstzulagen, Erhöhung des Kleidergeldes, Bezahlung von angefertigten Planstücken und Anweisung von Zeugengebühren. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei früher eingebrachten Antrag Bauer auf Gewährung von Zulagen an die unteren und mittleren Polizeibeamten und begründete einen volksparteilich-demokratischen Antrag, wonach Mittel für Gewährung solcher Zulagen in den Voranschlag eingestellt werden sollten. Ein weiterer volksparteilicher Redner ging auf die Stellung der Kriminalpolizei ein und bekräftigte die erwähnte Eingabe der Kriminalpolizei Freiburg. Die Berechtigung dieser Wünsche wurde auch von Vertretern der sozialdemokratischen, demokratischen und Zentrumsfraktion anerkannt. Der Berichterstatter stellte einen Antrag des gleichen Inhalts, jedoch mit der Abänderung, daß die Regierung erwägen solle, ob solche Mittel in den Voranschlag eingestellt werden könnten. Der Vertreter der Regierung ging auf die Stellung der Kriminalpolizei im Rahmen der Gesamtpolizei ein und erklärte die Aufstiegsmöglichkeiten, die nur dadurch gegeben seien, daß die Kriminalpolizei nicht als Körper für sich betrachtet werde. Er sei bereit, die Frage der Dienstzulagen zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung bei der allgemeinen Neuregelung der Verhältnisse der Polizei mitzuteilen. Welcher Betrag hierfür erforderlich sei, könne zurzeit nicht angegeben werden.

Im Anschluß an die Ausführungen des volksparteilichen Redners über die Aufhebung des Verbots zur Bezahlung der Planfertigung und Anweisung von Zeugengebühren an Kriminal- und Gendarmeriebeamte, erklärte in der Nachmittagsitzung der Regierungssprecher, daß für diese Fragen das Justizministerium zuständig sei und er ihm den Wunsch vortragen werde, diese Verordnung aufzuheben. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei beharrte, daß nicht dem volksparteilichen Antrag vom November vorigen Jahres entsprechend Mittel in den Staatsvoranschlag aufgenommen werden seien, aus denen den unteren und mittleren Polizeibeamten für besondere Anwendungen Entschädigungen gewährt werden könnten. Unter Darlegung der Not dieser Beamten wiederholte er den auch von der demokratischen Fraktion unterstützten Antrag. Der Vertreter der kommunistischen Gruppe lehnte solche Zulagen ab und wünschte dafür Erhöhung der Gehälter und Zuwendungen für Nachdienst. Eine demokratische Anfrage wurde dahin beantwortet, daß bei der Uniformierung der Polizei vom Spähplum zum Tschako Übergangenen werden soll und bei Neuanweisungen nur der Tschako in Betracht käme.

Bei Beratung der Anforderungen für Polizeihunde in Höhe von insgesamt 52 600 Mark wies ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei darauf hin, daß man Erfolge mit Polizeihunden nur erreichen könne, wenn der Führer den Hund ausbilde und von Anfang an dressiert habe, und daß auch dann der Erfolg recht zweifelhaft sei. Seines Wissens gebe es in Baden nur einen wirklich brauchbaren Polizeihund, der aber nicht in staatlichem Besitze sei. Wenn man die Hundebesitzer nicht nach den vorgeschlagenen Richtlinien durchführe, solle man die Kosten besser sparen. Der Vertreter der Regierung teilte hierzu mit, daß die Eisforderungen von 22 700 RM. bei der Kriminal- und Fahndungspolizei und von 29 900 Reichsmark bei der Gendarmerie hauptsächlich die sogenannten Schukhunde betreffen. Zur Zeit seien 110 Schukhunde und 5 Spähhunde in Baden. Der Auffassung, daß die Hunde nur bei einem sehr guten Führer tauglich seien, sei zugestimmt. Weiter erteilte der Regierungsvertreter auf Befragen Auskunft über die Erfolge des Erziehungsdienstes.

Bei Beratung kam dann ein Gesuch der höheren Gendarmerieoffiziere um Höherbeförderung, das der Regierung zur Kenntnis überwiesen wurde. Der Antrag eines sozialdemokratischen Redners, die Gendarmerie bei Karrouillen statt mit dem Karabiner mit dem Revolver auszurüsten, wurde von der Regierung mit dem Bemerkeln entgegengeworfen, daß der Karabiner bei regelmäßigen Streifen als Waffe nicht entbehrt werden könne. Ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung beanstandete die Höhe der Kosten für die Pferdeshaltung der Gendarmerie und Polizei, für die insgesamt 111 300 RM. angefordert werden. Die Regierung gab dahin Auskunft, daß die Berechnung auf genauen Unterlagen beruhe und daß der große Unterschied bei Pferden der Polizei (70 Reichsmark je Pferd) und bei denen der Gendarmerie (1700 RM. je Pferd) darauf beruhe, daß die Polizeipferde in großen Ställen und gemeinsam verpflegt werden könnten. Der Ankauf der Pferde geschehe nach Möglichkeit in Baden.

Bei den Anforderungen des außerordentlichen Etats der Polizei in Höhe von 190 000 RM. gab der Regierungsvertreter auf Verlangen Auskunft über die Anzahl der Motorboote für die Rheinischer Polizeipolizei. Zunächst sind zwei Motorboote für Mannheim und Maxau vorgesehen, wozu später noch ein Motorboot für Rehl kommen soll. Im Dienste der Polizei stehen sieben Personenwagen, sieben Sanitätswagen, zwei Notrufwagen, sechs Kleintransportwagen und dreißig Motorräder.

Die Anforderungen für Polizei- und Gendarmerie wurden hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Polizeiliches Arbeitshaus.

Für Titel 6 werden im Voranschlag 216 100 Reichsmark gegenüber bisher 188 400 Reichsmark im ordentlichen Etat und 324 000 Reichsmark im außerordentlichen Etat angefordert. Der Berichterstatter erbat Auskunft über den Grund der eingetretenen Steigerung, da ihm die Kosten für das Arbeitshaus im Vergleich zu den Einnahmen in Höhe von 113 400 Reichsmark, also Mehrforderungen in Höhe von 102 700 Reichsmark, zu hoch erschienen würden. Die Regierung wies darauf hin, daß das Arbeitshaus eine unentbehrliche Anlage sei und ihm durch das neue Straßengebiet voraussichtlich noch weitere Aufgaben zugewiesen würden. Es sei auch zu überlegen, ob nicht soziale Alkoholiker im Arbeitshaus unterzubringen seien. Das Personal sei von 30 auf 24 Köpfe herabgesetzt worden, sodas weitere Verminderungen nicht möglich seien. Die Zahl der Inzassen betrage 134. Sowohl der Berichterstatter wie die Redner verschiedener Parteien beanstandeten den zu großen Aufwand und die Anzahl der Beamten. Beim außerordentlichen Etat wurden die Höhe der Kosten für die Erstellung eines Kochgebäudes und eines Waschlagerhauses (300 000 Reichsmark) beanstandet. Im Verlaufe der Aussprache ergab sich aber, daß die im Voranschlag gebrauchte Bezeichnung zu eng gefaßt war und der Bau den Einbau einer Zentralheizung, von Badräumen, einer

Bäckerei, 14 Einzelzimmer für Inzassen und 2 Wohnzimmer umfasse, und daß außerdem im Hinblick auf den architektonisch wertvollen alten Bau des Arbeitshauses Rißlau auch Rücksicht auf die architektonische Anlage zu nehmen sei, wodurch sich aber die Kosten nur unwesentlich erhöhen. Da der Ausschuß sich über die Notwendigkeit der Bauarbeiten in diesem Umfange nicht einig wurde, wurde diese Position vorerst zurückgestellt; die übrigen Anforderungen des polizeilichen Arbeitshauses wurden einstimmig genehmigt.

Heil- und Pflegeanstalten.

Unter Ueberschlagung der nächsten beiden Titel — Soziale Versicherung und Wohlfahrtspflege — wandte sich dann der Ausschuß der Beratung des Titel 9 zu. Für Heil- und Pflegeanstalten werden im ordentlichen Etat insgesamt 5 872 900 RM. (bisher jährlich 4 154 000 RM.) und im außerordentlichen Etat 205 800 RM. angefordert. Der Berichterstatter gab zunächst verschiedene Eingaben der Pflege- und Wirtschaftsbeamten und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter um Höherbeförderung, Dienstzulagen, Dienstkleidung, Gleichstellung mit anderen Beamtenkategorien, bessere Wohnungsverhältnisse usw. bekannt. Die Eingaben wurden durch Ueberweisung an die Regierung teils zur Kenntnisnahme, teils als Material erledigt. Die Eingabe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die eine Wirtschaftsbefähigung für das Pflege- und Wartepersonal verlangte, wurde durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt. Bei den Ausgaben für die Landwirtschaft, die mit 213 700 RM. ausgewiesen werden gegenüber bisher 349 350 RM., verlangte ein Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung Auskunft über die Gründe der verminderten Ausgaben. Von der Regierung wurde erklärt, daß hieran teilweise die stärkere Heilanziehung der Kranken zu landwirtschaftlichen Arbeiten infolge einer veränderten Auffassung über die Behandlung solcher Kranken schuld sei, womit auch eine weitere Anforderung von 31 600 RM. für Belohnungen und Geschenke zusammenhänge, die ebenfalls auf Grund der neuen Behandlungsmethode als Ansporn und Mittel zur Herbeiführung einer freundigeren Stimmung verwendet würden. Die Anforderungen wurden zuletzt bei einer Stimmenthaltung angenommen.

In der heutigen Sitzung kommt zunächst das Gesuch des Gemeindeverbandes Oberheim zur Behandlung. Der Etat des Ministeriums des Innern soll heute und etwa unter Zuhilfenahme des Freitag zu Ende beraten werden.

Aus der Evangelischen Landeskirche.

Auf sein Ansuchen und unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste ist Dekan Kirchenrat D. Hermann Specht in Zell im Wessental von der obersten Kirchenbehörde auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt worden. Geboren im Jahre 1862 zu Durmersheim, bestand er im Jahre 1885 die theologische Hauptprüfung und wurde unter die Zahl der evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen. Nachdem er in Wolfswieser, Unteröwisheim, Tannentisch und Schopfheim als Vikar gewirkt hatte, wurde er 1886 Pastorationsgeistlicher in Zell i. W. und im Jahre 1896 Pfarrer daselbst. Im Jahre 1906 wurde ihm die Friedrich-Zusammenhänge verliehen, und im folgenden Jahre wählten ihn die Geistlichen des Kirchenbezirks Schopfheim zu ihrem Dekan. Vom Evang. Oberkirchenrat erhielt er im Jahre 1921 den Titel eines Kirchenrats. Im gleichen Jahre verlieh ihm die theologische Fakultät der Universität Heidelberg die Würde eines Ehren doktors. Kirchenrat Specht ist eine Reihe von Wohlfahrtsvereinigungen (Waisenhaus, Kleinkinderschule, Kinderkrüppelheim usw.) zu verdanken. Ebenfalls auf den 1. Juli hat die oberste evangelische Kirchenbehörde Pfarrer Wilhelm Eiseleborn in Eppelheim bei Heidelberg auf sein Ansuchen und unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt. Er ist geboren im Jahre 1860 zu Käferthal, bestand im Jahre 1886 die theologische Hauptprüfung und wurde unter die Zahl der evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen. Er wurde zunächst Vikar in Wöhlingen und in Eberstadt und kam im Jahre 1888 als Pfarrverwalter nach Unterschloß (zweite Pfarrei). Im Jahre 1891 erfolgte seine Versetzung als Pfarrverwalter nach Dallau, wo er im Jahre 1892 zum Pfarrer gewählt wurde. Im Jahre 1906 kam er als Pfarrer nach Eppelheim bei Heidelberg.

Kirchenjammlung für Gaggenau-Rotenfels.

Gaggenau-Rotenfels ist eine Diaparagemeinde, die ganz durch Zuzug von Arbeitern und Werksbeamten in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden ist. Sie zählt heute etwa 1400 Seelen, die sich auf die drei zusammengebaute und einen Komplex bildenden Orte Gaggenau, Ottenau und Rotenfels verteilen und etwa 7800 katholischen Einwohnern gegenüber stehen. Der Gemeinde steht an Räumlichkeiten für kirchliche Zwecke nichts zur Verfügung als das 1891 erbaute Kirchlein, das aber schon vor dem Krieg sich als viel zu klein erwies und heute in keiner Weise mehr für die kirchlichen Bedürfnisse genügt. An den Konfirmationsstunden z. B. mußte in den letzten Jahren die eigentliche Sonntagsgemeinde zu Hause bleiben, nur damit die Konfirmanten und ihre Angehörigen Platz finden konnten. Soll nun aber in dieser aus Evangelischen ganz Deutschlands zusammengeflochten, zum Teil industriellen Bevölkerung ein wirkliches Gemeindeleben zur Entfaltung kommen, so muß nicht nur die Kirche vergrößert, sondern auch ein Neubau erstellt werden, sondern es muß auch Raum für eine Kinderschule, Mädchenschule, Krankenpflegeanstalt und für die Arbeit an der Jugend geschaffen werden. Die Gemeinde hat sich deshalb entschlossen, zunächst ein Gemeindehaus zu erstellen, in dem vor allem die dringend notwendige Kinderschule untergebracht werden soll, und hat aus eigener Kraft für diesen Zweck etwa 20 000 M. gesammelt. Da diese Summe nicht ausreicht, hat auf Bitte der Gemeinde der Evangelische Oberkirchenrat am letzten Sonntag in der Landeskirche eine Kollekte für den Bau eines evangelischen Gemeindehauses in Gaggenau-Rotenfels erheben lassen.

Der Ausbau der Murgtalbahn.

bis Freudenstadt ist immer noch in der Schwebe. Der Stand der Angelegenheit ist zur Zeit folgender: Der Verkehrs-ausschuß des Reichstages hat anerkannt, daß der Ausbau dieser Bahnstrecke zu denjenigen Aufgaben gehört, welche die Reichsbahn-gesellschaft bei ihrer Errichtung übernommen hat und daß sie sich ihrer Pflicht nicht entziehen kann. Diesen Standpunkt erkennt auch die Reichsbahn-gesellschaft an; nur glaubt sie in dem jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage zu sein, den Ausbau der Strecke durchzuführen. Das Reichsarbeitsministerium, das zum Ausbau der Strecke aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erlucht worden ist, verhält sich ablehnend. Die am Ausbau interessierten Kreise vertreten nun die Ansicht, daß das Reich der Reichsbahn-gesellschaft die verhältnismäßig geringen Mittel zur alsbaldigen Fertigstellung teilweise geben soll. Der Verkehrsverein Karlsruhe wird demnach die badischen und die württembergischen Abgeordneten zu einer Befahrung der ganzen Murgtalbahnstrecke einladen.



Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 29. April 1926.

Der Abschluß der Karlsruher Ausstellung „Reinlichkeit und Sittlichkeit“.

Gesamtbefuchterzahl 60 000. — Ueber 100 belehrende Vorträge. — Die Schlußfeier.

Die Karlsruher Ausstellung „Reinlichkeit und Sittlichkeit“, die am Mittwoch abend nach zwölftägiger Dauer ihre Pforten geschlossen hat, kann zu den erfolgreichsten Ausstellungen gezählt werden, die jemals in der Landeshauptstadt abgehalten wurden. Die Ausstellung, welche ursprünglich am letzten Sonntag geschlossen werden sollte, mußte auf vielseitigen Wunsch aus allen Kreisen der Bevölkerung bis zum 28. April verlängert werden. Während der Ausstellungsdauer haben insgesamt etwa 60 000 Besucher die Ausstellung besucht, so daß man hoffen kann, daß nicht zuletzt mit Hilfe dieser Hygieneausstellung die Reichsgesundheitswoche in Karlsruhe einen praktischen Erfolg zu verzeichnen hat. Von den 60 000 Besuchern waren etwa 10 000 Schüler und Schülerinnen, die täglich geschlossen durch die Ausstellung geführt wurden. Während der Ausstellungsdauer wurden weit über hundert belehrende Filmvorträge gehalten, die stets stark besucht und teilweise so überfüllt waren, daß der Vortragsraum fast als klein erwies. Am gestrigen Mittwoch, sprachen nochmals Sportarzt Dr. Ullmann über „Sport und Jugend“, und Direktor Kimich vom Lehrinstitut für Denkmalpflege über „Säule und Gesundheit“.

Die Reihe der turnerischen und sportlichen Darbietungen beschloß am letzten Ausstellungstag der Polizeisportverein Karlsruhe, der unter Leitung von Polizeioberleutnant Brenner Vorführungen an der Gitterleiter und Sprossenwand zeigte. Besonders Interesse fanden die Gipfelfestungen am Pferd und Reck. Der Geschäftsführer des Landesausstellungsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, Herr Wolpert, dankte zum Schluß dem Polizeisportverein und gleichzeitig nochmals allen während der Ausstellung an den turnerischen und sportlichen Vorführungen beteiligten Vereinen für ihre uneigennütige Unterstützung der Bestrebungen des Landesausstellungsausschusses und wies dabei auf die Ziele dieser Organisation, die körperliche und geistige Erziehung der Jugend zu fördern, hin. Zum Schluß überreichte er dem Leiter des Polizeisportvereins Karlsruhe, Herrn Polizeioberleutnant Brenner, im Namen der Ausstellungsgesellschaft für seine Verdienste um die Ausstellung als Geschenk einen Chronographen.

Am 9 Uhr abends fand im Vortragsraum der Ausstellung eine Schlußfeier statt, bei welcher der Vorsitzende des Landesausstellungsausschusses Herrer Hornig seine Freude über den Erfolg der Ausstellung Ausdruck gab und ganz besonders den Organisatoren der Ausstellung, den Herren Müller und Wolpert den Dank aussprach. Ferner dankte er der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene und ganz besonders dem Geschäftsführer dieser Gesellschaft, Herrn Dr. Fischer, sowie allen Ausstellern für die wertvolle Unterstützung. Die Ausstellungsteilnehmer vereinigten sich anschließend im Stadtparkrestaurant zu einer kleinen Schlußfeier.

Währiges Jubiläum. Am 1. Mai sind 25 Jahre verflossen, seit Fräulein Agnes Wid, wohnhaft Luisenstraße 5, Leiterin eines Fröbelschen Kindergartens in der Südstadt ist. Der von Fräulein Wid gegründete Fröbelsche Kindergarten gehört zu den ältesten derartigen Einrichtungen in der Stadt Karlsruhe. Es ist eine ganz stattliche Zahl von Menschen, die unter der verständnisvollen Leitung von Fräulein Wid in ihrem Kindergarten Erziehung und Ergänzung gefunden haben für die Erziehung im Elternhaus. Lange Jahre hindurch war der Kindergarten von Fräulein Wid die einzige Kinderschule der Südstadt, in der den Kleinen durch Gesand und Liebe der „Tanten“ Gemeinschaft in ihr junges Leben gebracht wurde. Auch die älteren ehemaligen Pflanzlinge der Tante Wid erinnern sich gerne an die schönen Spiele und die liebevolle Behandlung, die in ihren ersten Jugendjahren im Kindergarten von Fräulein Wid so viel Freude bereitet haben. Es ist zu hoffen, daß es Fräulein Wid noch lange möglich sein wird, ihren schönen, arbeitsreichen Beruf weiter auszuüben.

Scheffel-Denkmalfeier der „Concordia“. Als Auftakt zur Scheffel-Hundertjahrfeier im großen Saale der Festhalle am 2. Mai veranstaltete die „Concordia“ am Samstag, den 1. Mai, abends 7 Uhr, am heiligen Scheffelabend eine Jubiläumsgesellschaft zu Ehren des Dichters. Aus der Vortragsfolge seien erwähnt: 1. „Der 23. Psalm“, Männerchor von Schubert unter Begleitung von fünf Hörnern. 2. Ansprache des 1. Präsidenten der „Concordia“. 3. Drei Männerchöre mit Texten von Scheffel, „Berners Lied aus Westfalen“, „Der Hut im Meer“ und „Der Heini von Seier“. 4. Vorträge aus Werken Scheffels, von Herrn Direktor Hans Blum. 5. Zwei Männerchöre „Heimat“ und „Nur die Hoffnung ist geblieben“. 6. Kranzniederlegung. Die Einwohnerschaft der Landeshauptstadt ist zu dieser Feier herzlich eingeladen. Mögen recht viele erscheinen, damit auch diese Veranstaltung zu einer feierlichen Gedenkfeier für den großen Sohn unserer badischen Heimat werden könne.

Der Export nach Brasilien. Das brasilianische Konsulat von Frankfurt a. M. teilt Exporteuren und Verladern von Waren nach Brasilien mit, daß vom 2. Mai d. J. ab dem Konsulat außer den vier üblichen Konsulatsfakturen nunmehr noch zwei Handelsfakturen zur Beglaubigung vorgelegt werden müssen, die die rechtsverbindliche Unterschrift des Fabrikanten oder des Exporteurs tragen, der die Waren nach Brasilien verkauft hat. Diese Unterschriften müssen auf beiden Handelsfakturen entweder durch die Handelskammer oder durch den Notar legalisiert werden. Nur diejenigen Firmen, die die Unterschriften ihrer zeichnungsberechtigten Firmen in dem auf dem Konsulat zum Zweck der Beglaubigung von Handelsfakturen geführten Unterschriften-Register registrieren lassen, können von dieser Verpflichtung entbunden werden. Die Beglaubigung der Handelsfakturen durch das Konsulat erfolgt gratis. Konsulatsfakturen ohne Handelsfakturen werden nicht mehr beglaubigt. Importeure, die bei der Verzollung der Waren die beglaubigte Handelsfaktura nicht vorzeigen können, verfallen in doppelte Zollstrafe.

Vertretertag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Am einem in allen Kreisen des Volksbundes lebendigen Wunsche, den 8. Vertretertag im befreiten Rheinland abzuhalten, nachzusehen, ist als Tagungsort Düsseldorf gewählt worden. Zu den Verhandlungen sind sämtliche Reichs- und bundesstaatlichen Zentralbehörden, die kirchlichen und örtlichen Kommunalbehörden, die großen Körperschaften, sowie Vertreter aller Schichten des Volkes eingeladen worden. Die österreichische Schwerkriegsorganisation „Schwarzes Kreuz“ wird durch ihren Präsidenten und Generalsekretär vertreten sein. Die vom Volksbund zu leistenden Arbeiten nehmen einen stets wachsenden Umfang an, so daß die Beratungen hierüber von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Die Notwendigkeit, praktische Fürsorgearbeit für die Kriegesgräber in den fernem Ländern zu leisten, vergrößert sich von Jahr zu Jahr. Für die Lösung dieser Aufgaben die richtigen Wege zu finden, wird eine der vornehmsten Arbeiten des Vertretertages sein. Während der Volksbund im vergangenen Jahr mehr als 100 000 M. für die Kriegsgräberfürsorge verausgabte, beabsichtigt er, diese Ausgaben im laufenden Jahre zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen. Das Anwachsen des Volksbundes auf nahezu tausend Ortsgruppen, die eifrige Tätigkeit ihrer Führer und der unermüdbar weiter betriebenen Ausbau der Landes- und Provinzialverbände bieten Gewähr dafür, daß dieses Ziel erreicht wird.

Rundfunkempfangsstörungen.

Von

Dipl.-Ing. Prof. K. Riemenschneider, Karlsruhe.

I. Atmosphärische und Straßenbahnstörungen.

Der vollkommen klare Empfang der Sendedarbietungen wird dem Rundfunkteilnehmer durch mannigfache Störungen beeinträchtigt, deren Auftreten er zum Teil vermeiden kann, zum anderen Teil ist er aber nicht in der Lage ihre Ursache zu beseitigen. In diesem Falle bleibt ihm nur übrig, ihren Einfluß durch besondere Maßnahmen zu mindern, da es noch keine Mittel gibt, sie gänzlich auszuschalten.

Die Funktechnik hat von Beginn ihres Bestehens an im Kampf mit den Luftstörungen gestanden, weil diese ihrem Wesen nach nichts anderes als Schwingungsvorgänge sind. Sie unterscheiden sich von den in der Funktechnik erzeugten Schwingungen besonders dadurch, daß sie unvorhergesehen auftreten und im allgemeinen regellos verlaufen. Man hat — gerade mit Rücksicht auf ihren ungemessen störenden Einfluß langjährige Untersuchungen und Beobachtungen angestellt, um ihren Charakter zu erforschen, weil man hoffte, dann auch Wege zu finden, um sie unschädlich zu machen. Das Ergebnis läßt sich ziemlich kurz zusammenfassen. Man unterscheidet zwei Hauptgruppen nach dem Umfang ihres Störbereiches, es gibt solche, deren Entstehungsort von den Beobachtungspunkten so weit entfernt liegt, daß sie überall gleichzeitig und nahezu gleichartig auftreten. Die zweite Gruppe hat dagegen mehr örtliche Bedeutung, dafür aber bevorzugt sie dieses Gebiet besonders. In Deutschland sind stark gestörte Gegenden in der Nähe der Alpen und schiefen Berge, die bevorzugter Ruhe sind die Küstengegenden und von diesen sind luftelektrisch am wenigsten verunreinigt die Nordseeküste. Diese Erkenntnis hat besondere Bedeutung für die Nachrichtengesellschaften, die ihre Empfangsanlagen in jenen Gegenden errichten würden, für den Rundfunkteilnehmer dagegen ist die Kenntnis weniger wertvoll, weil die Bewohner dieser Landstriche mit diesen gegebenen Bedingungen eben rechnen müssen.

Weiterhin haben die Untersuchungen gezeigt, daß die Zeitdauer und die Form der Störimpulse ganz verschiedenartig ist. Im Fernhörer unterscheidet man die durch luftelektrische Störungen verursachten Geräusche nach drei Gruppen. Es sind dies dauerndes Brödeln, einzelne scharfe Einschläge und peitschende oder zischende Geräusche. Nicht immer sind diese aber getrennt voneinander zu beobachten, oft treten sie gleichzeitig auf. Das dauernde Brödeln, das besonders auf langen Wellen und am häufigsten in den tropischen Gegenden vorkommt, ist meist in den Nachmittagsstunden und zwar im Sommer mehr als im Winter vertreten. In der englischen Literatur nennt man diese Art „grinders“.

Weniger störend für den Empfang, weil mehr vereinzelt auftretend sind die kurzen Einschläge — englisch „clats“ genannt —; sie treten meist bei normalen Wetterlagen auf und sind deshalb auch weniger periodisch, d. h. man beobachtet sie auch in der Nacht und zur Winterzeit. Für den Rundfunkteilnehmer sind sie aber insofern bedeutungsvoll, weil sie hauptsächlich im Bereich der mittleren Wellen sich störend bemerkbar machen.

Die dritte Art ist gekennzeichnet durch das schrillende, peitschende Geräusch — englisch „ticking“ —, sie tritt im Gefolge von Gewittern auf und ebenso bei Wirbelwinden und Hagelschlägen. Im allgemeinen gilt als Regel, daß die Störungen luftelektrischer Art im Sommer zahlreicher sind als im Winter. Hinsichtlich des Tagesverlaufs ist festzustellen, daß in den frühen Morgenstunden der Empfang am günstigsten ist, während im Laufe des Tages die Störungen zunehmen, um gegen Abend wieder zurückzugehen. Aus dem Auftreten der Störungen läßt sich oftmals schon ein Schluß ziehen auf das Eintreten von Gewittern, ja man könnte die Beobachtungen geradezu zu einer Gewittervorhersage ausbauen. Die Störungen, deren Entstehungsort weit entfernt ist, sind insofern von Bedeutung, als sie geeignet sind, den Empfang zu beeinträchtigen, zumal die Geräusche recht unangenehm sind. Anders ist es jedoch, wenn statische Aufladungen im Luftleiter auftreten. Das würde der Fall sein, sobald elektrisch geladene Wolken in der Nähe der Antenne vorbeiziehen. Als Folge würde die Verschönerung der Elektrizität zu einem gewissen Ausmaß drängen. Reibliche Wirkungen müssen eintreten, wenn ein Blitz in der Nähe der Antenne niedergeht und Spannungen im Luftdraht induziert. Schließlich kann noch der Fall vorkommen, daß ein Blitz die Antenne selbst trifft.

Vorzeichen der Veranstalter.

Die Wiemann-Gruppe gibt heute, Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im Konzerthaus ihren diesjährigen Tanzabend und wird vier neue Tanz-Touren zur Aufführung bringen: 1. Raum-Gelände, 2. Wann, 3. Ein Totentanz, 4. Suite russischer Tänze und Klavierstücke. Bei den neuen Tänzen wirkt Frau Wiemann persönlich mit, ihr Ensemble besteht aus 20 Schülerinnen. Da eine große Anzahl von auswärtigen Besuchern, besonders aus Baden-Baden und Forstheim, zu erwarten ist, wird um pünktliches Erscheinen der Gäste gebeten, damit die Auswärtigen rechtzeitig nach Schluß zum Bunde kommen. Karten sind noch in allen Verkaufsstellen im Vorverkauf bei Frau Wiemann, Badstraße 30, eine Treppe hoch, sowie ab 18 Uhr an der Abendkasse — es sollen, da harter Andrang zu erwarten ist, zwei Reihen gestrichelt werden — zu haben.

Gesellschaft für geistigen Aufbau. Nachdem der Protestantismus und der Katholizismus in der Reihe der Hauptveranstaltungen der Gesellschaft ihre Würdigung durch Friedrich Wogarten und Ernst Michel gefunden haben, wird am Samstag, den 1. Mai, abends, mit Dr. Leo Baedeker Vertreter des Judentums zu dem religiösen Problem der Gegenwart Stellung nehmen. Dr. Baedeker ist ein guter Redner und Gelehrter voraus. Das Interesse für seinen Vortrag ist daher bereits außerordentlich groß. Vielfachen Wünschen entsprechend, wird der Vortrag diesmal um acht bis neun Uhr, nicht, wie gewöhnlich, um acht Uhr abgehalten. Karten für Nichtmitglieder sind noch in der Geschäftsstelle A. Weisbach, Seidenhandlung, Marktplatz, erhältlich.

Freiwilligkeit im „Röhren Kreis“. Am Sonntag, den 2. Mai, wird der schönste und größte Freizeitsportarten, der „Röhren-Kreis“, mit einem Frühjahrsfest eröffnet. Die gesamte Harmonikabteilung unter persönlicher Leitung des beliebten Trioschiffen Rudolph Konzertiert, das Programm ist ganz auf den Frühling eingestellt. Abends nach dem Gartenfest findet im Festsaal des „Röhren Kreis“ ein Frühjahrsball statt mit dem berühmten großen Jazz-Band-Direktor der Harmonikabteilung unter Leitung des Jazz-Band-Sachverständigen Musikmeister Ulrich und Tanzmeister Braunacker. Auch für Nichtmitglieder ist es interessant, zu erscheinen, um die neuen Tänze in Begeisterung einer wirklich guten Vorführung zu hören und zu sehen.

Turnen * Spiel * Sport.

Die Teilnehmer an der Amerikasfahrt der Deutschen Turnerschaft. Die Ausschreibungskämpfe der DT. am Sonntag in Leipzig zur Auffüllung der zum Nordamerikanischen Bundesfest zu entsendenden deutschen Riege brachte durchweg ausgezeichnete Leistungen, da die zugelassenen 24 Turner sämtlich der besten Klasse Deutschlands angehören. Die Auswahl zeitigte schließlich folgendes Ergebnis: 1. Stinwell (Wtt. Turhaven), 2. Pfeiffer (Eintracht-Frankfurt a. M.), 3. Wölflinger (V. Fürstenthalten a. b. Saar), 4. Kaufmann (V. Regisheim), 5. Hud (Hamburger Turnerschaft 1816), 6. Nord (Turnerbund Göttingen), 7. Sachs (V. Fort. Lauff), 8. Weinigärtner (Wtt. Firmasens), 9. Kirchgatter (W.G. Berlin). Als Ersatz sind vorgesehen: Frau (V. Nürnberg), Schmidt (Leipziger Turnerschaft Südost) und Nagel (Turnergemeinde Eplingen). Die Riege wird von der Ausreise noch in Bremen zu gemeinsamen Übungen unter ihrem Führer Kreisoberturnwart Mühlner, Breslau, zusammengezogen. Die Abfahrt nach Amerika erfolgt am 30. Mai.

Wanderpreis im Mannschafsturnen der Turnvereine des mittleren Hanauerlandes. Zum 1. Male wurde am Sonntag in Freieck von den Turnvereinen Lichtenau, Helmungen, Memprechtsbosen, Neufreieck-Freieck und Rheinbischofsheim die Wanderplakette für Kunstturnen ausgetragen. Unter Berücksichtigung des landlichen Turnens wurden an sämtlichen Geräten, Reck, Barren und Pferd gute Durchschnittsleistungen erzielt. Die Abwicklung der ganzen Veranstaltung war Dank der ausgezeich-

neten Unterstützung seitens der Kampfrichter Weber und Lehmann, Neß, Kinsmann, Achem, Metz u. Red, Auenheim u. Gauß, Lichtenau, eine sehr gute. Als Sieger aus diesem Kampfe ging der Turnerbund Neufreieck-Freieck mit 324 Punkten hervor, der nur für ein Jahr Inhaber der Plakette ist. Es erlangen weiter Memprechtsbosen 298, Rheinbischofsheim 292, Lichtenau 286 und Helmungen 271 Punkte. Die besten Einzelleistungen vollbrachten: Wagner, Memprechtsbosen, mit 75%, Bollet, Freieck, 72%, A. B. Weiß, Memprechtsbosen, 66%, Mann, Freieck, 67%, Lichtenau, 64%, Laß, Freieck, 63%, Hügel, Freieck, 63%, Schmidt, Rheinbischofsheim, 62%, Punkten.

Deutsche Tennisseier in der Schweiz. Das internationale Tennisturnier in Montreux brachte den beteiligten deutschen Spielern und Spielertinnen schöne Erfolge, denn in allen Einzelspielen waren deutsche Siege zu verzeichnen. Im Herren Doppelspiel siegten Kleinjoch-Waldenbauer erst nach drei Sätzen im Fünfsatzkampf gegen Demasius-Tomlin mit 5:7, 6:2, 3:6, 6:2, 6:4. Der Sätze benötigte auch H. Kleinjoch, um im Finale des Herren Einzelspiels Demasius mit 6:3, 3:6, 6:0, 8:6 abzuschließen. Einen bemerkenswerten Doppelerfolg trug die junge Almerin-Frl. Aufsem davon. Sie gewann das Damen Einzelspiel 6:2, 6:1 gegen Frau Sautter, und mit Fischer als Partner das gemischte Doppelspiel gegen Miss Coden-Waldenbauer mit 6:1, 6:0. An dem anschließend in dem benachbarten Territet beginnenden Turnier beteiligten sich u. a. Frotschheim und v. Rehting.

Schweizer Baden-Badener Automobilwettbewerb. Die Ausschreibung für den sechsten Baden-Badener Automobilwettbewerb ist von der Obersten Nationalen Sportkommission für den Automobilsport in Deutschland genehmigt. Vorgesehen ist folgendes: Dienstag, 8. Juni: Abnahme der Wagen; Mittwoch, 9. Juni: Flachprüfung auf der Eilingerstraße; Donnerstag, 10. Juni: Zuverlässigkeitsfahrt in den Schwarzwald; Freitag, 11. Juni: Bergprüfung auf den Kniebis; Samstag, 12. Juni: Geschicklichkeitsprüfungen im Kurgarten; Sonntag, 13. Juni: Schönheitskonturrenz und Schlußbankett.

Neu ist in das Programm in diesem Jahre eine Sonderprüfung für Rennwagen aufgenommen und findet diese Prüfung gleichfalls am Donnerstag, 10. Juni, auf den Kniebis statt. Hierfür ist eine besondere Ausschreibung ausgearbeitet. Gegenüber den Vorjahren weist die Ausschreibung für den Wettbewerb folgende Änderungen auf: Die Zuverlässigkeitsfahrt wird über ca. 100 Km. rund durch den Schwarzwald ausgefahren. Der Damenwettbewerb kommt nicht mehr zur Verteilung, sofern jedoch an dem Wettbewerb mindestens 3 Damen teilnehmen, so wird im Gesamtklassement die an erster Stelle stehende Dame mit einem Sonderpreis bedacht. Für die Schönheitskonturrenz der Wagen sind besondere Richtlinien festgelegt. Was die Teilnahme betrifft, so wird dieselbe wie üblich durch die offiziellen Zeitnehmer genommen. Außerdem wird jedoch noch die übliche Zeitnehmer Verwendung finden.

Motto der klugen Hausfrau:

Dorn's Kaffee

ist doch vorteilhafter.

Kus Baden. Vom Kehler Hafen.

Zur Eröffnung der Zentralkommission für Rhein- schiffahrt über die Verlängerung des Ubergangsregimes für die Hafen von Kehl und Straßburg ist noch nachzutragen, daß nach dem 1. Juni 1926 bis zum 10. Juli 1928 folgende Geländeteile, die im § 11 des Baden-Badener Abkommens vom 1. März 1920 bestimmt sind, in der französischen Zollzone liegen: Lagerplatz Gebrüder Köhling, Kohlenlager Mathias Stimmes, Magazin der Rheinhafengesellschaft, Verwaltungsgelände des badischen Staates, Gelände Severin in Sasbach, Zementfabrik Strohmeyer, Lagerhausgesellschaft in Konstanz. Zu der Meldung von der Beschränkung der militärischen Intervention ist noch zu bemerken, daß nur eventl. Stauarbeiten zwischen den Hafenden 1 und 2 und an den Verbindungslinien zwischen Kehl und Appenweier der vorherigen Zustimmung unterbreitet werden müssen.

Der Bezirksverein badischer Metzgermeister.

Der im Deutschen Fleischerverband organisiert ist, hielt am Dienstag in Lössach seinen diesjährigen Bezirksstag ab, bei dem auch Vertreter aus der Schweiz und aus Württemberg anwesend waren. Außerdem waren Vertreter von der Handelskammer Mannheim und Freiburg zugegen. Syndikus Georg Wollat erstattete Bericht über die wirtschaftliche Lage. Er beantragte Aufhebung der bestehenden Fleischsteuer und gab einen Mitgliederbericht von 1925 an. Ferner verlangte er Aufhebung der Verordnung betreffend Verkehr mit Vieh und Fleisch. Des Weiteren wurden Mängel bei der steuerlichen Einschätzung zur Sprache gebracht. Der deutsche Verbandstag wird im Juni in Heidelberg stattfindend; für den Bezirksstag im Jahre 1927 ist Wertheim vorgesehen.

Wörzheim, 28. April. (Aufhebung des Bahnbaubüros Wörzheim.) In der vergangenen Woche wurde das hier seit 26 Jahren bestehende Bahnbaubüro aufgelöst. Die Geschäfte sind an die Bahnbauinspektion 1 in Karlsruhe übergegangen.

Waldbrunn, 28. April. (Goldene Hochzeit.) Hier konnten in voller Rüstigkeit die Eheleute Wilhelm Huber ihre goldene Hochzeit feiern.

Schwefingen, 28. April. (Spargelmarkt.) Der Spargelmarkt ist laufend gut besetzt. Gut sortierte Spargeln waren gestern schon für 70 Pfennig das Pfund zu erhalten, zweite Sorten 40-60 Pf., Suppenzwiesel 30 Pf.

Mannheim, 28. April. (Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung die städtische Vorlage abgelehnt, nach der neben dem Oberbürgermeister vier Bürgermeister ernannt werden sollten. Es wurde beschloffen, daß nur drei Bürgermeister mit dem Oberbürgermeister die Geschäfte der Stadt leiten sollen. Aus den weiteren Beschlüssen ist zu erwähnen die Beschaffung eines 5 Tonnen-Kranes für den Industriehafen mit 73 000 M., die Errichtung eines Obochlofenheimes Ecke Mittel- und Zollstraße, wofür 323 000 M. verlangt wurden. Für Betriebsverweiterungen der städtischen Werke wurden 1.1 Millionen M. bewilligt, ferner für die Einrichtung einer Jugendherberge mit Jugendheim auf dem Luisenring 63 000 M. Unter anderem besaßte sich schließlich der Bürgerausschuß auch mit der Herstellung von Zufahrtsstraßen zu der neu zu erbauenden Friedrich-Eberstraße, wofür 696 000 M. bewilligt wurden.

Einshelm, 28. April. (Chrenmal.) Am Sonntag fand hier die feierliche Einweihung des von der Gemeinde für ihre Gefallenen im Weltkrieg errichteten Chrenmals unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung statt.

Kastatt, 28. April. (Weidenfärbung.) Gestern wurde auf der Rheinauer Seite in der Murg die Leiche des 55jährigen Nachtwächters Karl Heller von hier gelandet. Heller litt seit einiger Zeit an Schwermut und hat sich vermutlich in einem solchen Anfall in die Murg gestürzt.

Kehl, 28. April. (Einweihung der Festhalle zum Badischen Kaiserjubiläum.) Wie bereits bekannt, wird am 11. Mai ds. Js. hier die 37. Landesversammlung des Badischen Kaiserjubiläumvereins abgehalten werden. Bei dem am 15. Mai von der Stadtverwaltung zu Ehren der schon am Vorabend eintreffenden Gäste veranstalteten Begrüßungsabend wird gleichzeitig die neue Stadthalle eingeweiht werden. Auf der Tagesordnung der Kaiserjubiläumerversammlung stehen u. a. Referate über Befoldungsperzele und Befoldungsordnung, Stand der Aus- und Fortbildung der Gemeindebeamten, „Zur neuen Standesbeamtung“ usw.

Weier bei Offenburg, 28. April. (Mothwohnung.) Um der Wohnungsnot abzuhelfen, hat der Gemeinderat von der Eisenbahnverwaltung einen ausrangierten Personenwagen um den Preis von 300 M. erworben. Der Wagen wurde dieser Tage angefahren. Sein Einzug in das Dorf brachte die ganze Gemeinde auf die Beine, sodas der Transport kaum vorwärts kommen konnte. Dem Beispiel Weiers wollen auch andere Gemeinden folgen, um wenigstens der dringenden Not abzuhelfen.

Wahlen (Amt Lössach), 28. April. (Fährbetrieb.) Um die badische Viehberührung der Rheinfähre Wahlen-Schweizerhalle bemüht man sich auch sehr energisch auf schweizerischer Seite. Man hält den Zeitpunkt für gekommen, um nach sechsjähriger Stilllegung

Landesverband der Badischen Hotelindustrie.

Die Hauptversammlung in Baden-Baden.

Am Mittwoch vormittag trafen sich in großer Zahl im Kurhaus-Restaurant in Baden-Baden die Mitglieder des Landesverbandes der Badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung. Der Tagung lag eine reichhaltige Tagesordnung zugrunde, die hauptsächlich die brennende Frage der steuerlichen Regelung in den Vordergrund der Beratung stellte, von der das Wohl und Wehe des Hotelgewerbes im weitesten Maße abhängen wird.

Mit großer Verzögerung eröffnete der Vorsitzende Bieringer von Baden-Baden gegen 10 Uhr die Tagung mit kurzen Begrüßungsworten, besonders an die erschienenen offiziellen Persönlichkeiten.

Stadtrat Pfeiffer von Baden-Baden begrüßte die Anwesenden in Vertretung des Oberbürgermeisters mit herzlichen Worten. Er betonte, daß gerade Baden-Baden als Hotelstadt den Bedürfnissen und Forderungen des Hotelgewerbes größtes Verständnis entgegenbringe.

Darauf erstattete der Vorsitzende Bieringer den Jahresbericht. Dieser lies erkennen, daß das Hotelgewerbe, wie fast kein anderes Gewerbe unter der Schwere unserer heutigen Zeit zu leiden hat, so daß seine Lebenskraft gefährdet erscheint. Das Jahr 1925 war außerordentlich ungünstig, was schon daraus hervorgeht, daß in diesem Jahre der Umsatz im Verhältnis zum Kapital 64 Prozent und der Anteil der Steuer am Umsatz 11,92 bis 49,09 Prozent betrug. Der Verband richtete im Verlaufe des Berichtsjahres über 500 Eingaben an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden, die teilweise Erfolge aufzuweisen haben. Der Verband ist bemüht, Regierung und Landtag die Wege zu weisen, um das Hotelgewerbe aus seiner schweren Krise herauszuführen. Die gewährte Erleichterung durch den Wegfall der Reichssteuer wurde wieder aufgehoben durch die Erhöhung der Gebäudesteuer, so daß also von einer Steuererleichterung nicht gesprochen werden könne. Neben den steuerlichen Schwierigkeiten seien noch weitere Schwierigkeiten zu überwinden, so in der Arbeitszeitfrage, in der Lohnfrage und in der Preisfrage. Hier bemerke der Berichtstatter, daß sich eine weitere Senkung der Preissteigerungen nicht durchführen lasse, wenn die allgemeine Preisgestaltung nicht eine durchgreifende Änderung erfahre. Eine weitere Voraussetzung zur Preisentlastung sei die Verringerung der Fremdenverkehrssteuern, besonders die restlose Beseitigung aller Grenzsteuern, die während des Krieges errichtet worden sind.

Im folgenden berichtete Hotelier Strittmatter-Willingen über die Tagung des Verwaltungsrates des Reichsverbandes in Heidelberg. Von Bedeutung ist hierbei zu erwähnen der Beitritt der Deutschen Hotelindustrie zur Alliance Internationale de l'Hotelier bei Gelegenheit einer Kongregtagung, die dieser Tage in Paris stattfand und der deutsche Hoteliers zum ersten Male bewohnten. Ueber diesen Kongreg berichtete Hotelier Gähler-Heidelberg, der betonte, daß heute Paris an Stelle von London den Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs darstelle. Unbedingte erforderlich sei daher heute die Fühlungnahme mit Paris. Geradezu vorbildlich sei in Frankreich die Gemeinschaftsarbeit zwischen Behörden und Hotelindustrie und das Verständnis, dem die Fragen des Verkehrs bei den Behörden begegnen. Vor allem müßte die deutsche Eisenbahn sich dem Vorgehen der französischen Bahnen anschließen und die verkehrten Sparmaßnahmen aufheben, um dem reisenden Publikum die modernen Annehmlichkeiten zu bieten, die es gerade in Frankreich finden könne, bedeuete doch Hebung des Fremdenverkehrs als Schlüsselgewerbe für die übrigen Gewerbe Aufriehung der Wirtschaft überhaupt. Größere Aufmerksamkeit müsse einer besseren Verkehrsverbindung mit dem Westen zugewendet werden. Zum Schluß betonte der Redner, daß auf französischer Seite die Frage eines erleichterten Grenzverkehrs zwi-

schen Baden und Elsaß-Vorbringen Anklang gefunden habe. In seinen Dankesworten für die Ausführungen des Vorredners unterrich der Vorsitzende Bieringer die Wichtigkeit der Auslandsverbindungen für die Wiederaufriehung des Hotelgewerbes.

Ueber die neuen Bestimmungen des kommenden Grund- und Gewerbesteuergegesetzes und der Gebäudesondersteuer unterrichtete die Versammlung in weitestgehendem Umfange Finanzamtman Dr. Landfried. Mit großem Unwillen wurde von den Anwesenden aufgenommen, daß die neuen Steuerbestimmungen die Belasteten schwerer treffen soll als die Unbelasteten, da wie im Haushaltsanschluß des Landtags betont wurde, im neuen Gesetz auf die Einbeziehung der Besteuerung der Schulzinjen, die als Gewinn betrachtet werden, nicht verzichtet werden könne.

Vorsitzender Bieringer betonte demgegenüber, daß ein neuerliches Anziehen der Steuerfahne für die Hotelindustrie nicht mehr tragbar sei. Weiter kritisierte er in scharfer Weise, daß bei den Behörden diejenige Sparmaßnahme vermiedt werden würde, wie sie von Handel und Gewerbe verlangt werde.

Es folgte die Aussprache über die Steuerfragen. Im besonderen wurde gegen den fingierten Gewerbeertrag protestiert, der sich, wie oben erwähnt, durch die Berechnung der Schulzinjen als Gewinn ergibt. Weiter wird als Betriebsvereinfachung gefordert, daß im Reich, in den Ländern und Gemeinden ein einheitlicher Prozentsatz für die Steuererhebung eingeführt wird. Landtagsabgeordneter Behringer von der Bürgerlichen Vereinigung sagte die weitestgehende Unterstüzung seiner Fraktion zu. Landtagsabg. Dees (Dem.) vermies in seinen Ausführungen darauf, daß es nicht angehe, auf der einen Seite die Landwirtschaft steuerlich zu entlasten, wofür auf der anderen Seite die Steuerentlastung hinausgehe, um auf der anderen Seite die städtischen Gewerbe dadurch schwerer steuerlich zu belasten. Eine Herabminderung der Steuerlast als solche könne erst erfolgen, wenn eine Vereinfachung der behördlichen Verwaltungsapparate durchgeführt sei.

Syndikus Rechtsanwalt Dr. Hermann üble scharfe Kritik an dem passiven Verhalten der Regierung und anderen Stellen, einer Forderung nach persönlicher Teilnahme an der Tagung der Hotelindustrie nachzukommen.

In der weiteren Stenendiskussion wurde die Verständnislosigkeit der Regierungsstellen den Nöten des Hotelgewerbes gegenüber hervorgehoben und steuerliche Anpassung an die besonders gelagerten Verhältnisse des Hotelgewerbes verlangt. Der Vertreter des Präfibenten des Finanzamtes Regierungsrat Dr. Kamm wies darauf hin, daß wenn heute von einem aufgeblähten Verwaltungsapparat gesprochen werden könne, was vielfach auch in übertriebener Weise geschehe, daran nicht die Beamten schuld seien, sondern die Gehaltsgebung als solche überhaupt. Syndikus Dr. Schneider von der Wirtschaftlichen Vereinigung schmit badische Verkehrsfragen an, die für Baden durch den Ausgang des Krieges in größerem Maße berührt worden müßten. Vor allem handele es sich heute zunächst um die Modernisierung der Reichsbahnlinien (Elektrifizierung) und der Landstraßen zu Automobilwegen. Syndikus Kieser vom Badischen Verkehrsverband betonte ebenfalls die Bedeutung der Öffnung des Verkehrs nach dem Westen für den Schwarzwald. Er warf die Frage auf, ob nicht eine Förderung der Fremdenindustrie durch den Staat erforderlich wäre infolge ihrer wirtschaftsbelebenden Fähigkeit. Den Bemühungen des Badischen Verkehrsverbandes sei es gelungen, daß im Staatsnoranschlag für 1926/27 ein Betrag von 10 000 Mark (bisher 1500 Mark) zur Hebung des Fremdenverkehrs eingestellt worden sei.

Es folgten nun mehrere einschlägige Vorträge und die Erledigung interner Angelegenheiten. Zur Annahme gelangten mehrere Entschlieungen, in denen alle besprochenen Forderungen der Hotelindustrie niedergelegt waren.

In den späten Nachmittagsstunden konnte die sehr lebhaft verlaufene Tagung von dem Vorsitzenden mit Dankesworten geschlossen werden.

den Betrieb wieder aufnehmen zu können, umso mehr, als auch die Grenzgarde für am kommenden Samstag wieder in Betrieb gesetzt wird.

Rheinfelden-Baden, 28. April. (Ein Lichtbild für die Arbeitslosen.) Am Montag wurde mit den Arbeiten zur Legung der Gasleitung vom Gaswerk in Lössach nach Rheinfelden mit dem Anschluß in Wöhlen nach Rheinfelden begonnen. Hierdurch ist für viele Arbeitslose Beschäftigung gegeben.

Willingen, 28. April. (Ein Grobfeuer kam heute vormittag in der Kiegger'schen Herrenmühle zum Ausbruch. Das erst vor kurzem erbaute Dekonomiegebäude, sowie die Scheuer standen in kurzer Zeit in hellen Flammen. Die Scheuer, in der große Heu- und Strohoorrate eingelagert waren, gab dem verheerenden Element reichliche Nahrung. Sie brannte rasch nieder. Auch der Dachstuhl des Dekonomiegebäudes war bald ausgebrannt. Die Feuerwehre mußte sich auf die Rettung des Hauptgebäudes mit den Wohnungen und der eigentlichen Mühle beschränken. Ueber

den Brandursache konnte näheres noch nicht festgestellt werden. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Berichtszeitung.

Konstanz, 27. April. Ein wichtiges Urteil für Autoführer fällte gestern das hiesige Schöffengericht. Der 23 Jahre alte Kraftwagenführer Ernst Leizer war wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Er hatte am Fastnachtsonntag d. Js. eine 60 Jahre alte Frau mit seinem Kraftwagen so heftig angefahren, daß sie bald darauf starb. Leizer wollte einem Knaben ausweichen, wobei er in eine Gruppe von Frauen hineinfuhr. Nach der Ansicht der Sachverständigen hätte Leizer mit seinem Wagen anhalten sollen, statt dessen fuhr er weiter, wodurch das Unglück geschah. Der Angeklagte gab zu, daß seine Bremsen nicht in Ordnung war. Leizer wurde vom Gericht zu 4 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

MAGGI'S Fleischbrühwürfel sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. — Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einzelverkauf von Fabrikaten sächs. Gardinen-Webereien bietet im Einkauf von Gardinen, Stores, Bettdecken, bunten Vorhängen, Dekorationen u. Dekorationsstoffen, Tisch- und Diwandecken, Bett-Vorlagen die größten Vorteile 8827 Bitte meine Schaufenster zu besichtigen Paul Schulz Waldstr. 33, gegenüber dem Colosseum.



Morgen bist Du wieder schmuck — mit Sunlicht-Seife lassen sich ja Deine kleinen Sachen so schnell und mühelos waschen. Paß gut auf, wie es Mutti macht, und wenn Du groß bist, machst Du's gerade so. Es ist ja auch so leicht, mit Sunlicht Seife zu waschen. Ihr milder Schaum gibt schnell blütenreine, duftende Wäsche, ohne die Gewebe oder Farben in geringsten anzugreifen. Kochen Sie Ihre Wäsche nur mit Sunlicht Seife. Verlangen Sie den neuen großen Würfel für die große Wäsche. Preis 40 Pfg.

Kaufgefuche: Su kaufen gesucht: Pianino, Schreibmaschine, Motorrad, Speisezimmer, Pianinos, Heinrich Müller Klavierbauer, Schreibmaschine, Tisch-Vorrichtung für Kraftfahr. Su verkaufen: Schreibmaschine, Motorrad, Speisezimmer, Pianinos, Heinrich Müller Klavierbauer, Schreibmaschine, Tisch-Vorrichtung für Kraftfahr.

Verkaufe meinen noch gut erhaltenen Gramophon (Kofflerphonat), sehr geeignet für Auszüge u. Platte, dazu noch 4 30 cm Schallplatten u. 15 25 cm Platten (moderne Läufe), dabei 1 Startkonsolendose u. eine Neuere für Piano u. 1000 Platten, in allen Größen. Engel Frieder Schweizer, Raddorfen, Würtg., Postholzen, Würtg., 89569.

SUNLIGHT SEIFE bringt Freude ins Haus! Sunlicht Gesellschaft A. G. Mannheim-Rheinau

Deutscher Industrie- und Handelstag.

* Berlin, 28. April. (Zuspruch.) Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber betonte auf dem Industrie- und Handelstag, das vergangene Jahr sei ein Jahr der Nationalisierung der deutschen Wirtschaft gewesen.

Nach dem preussischen Handelsminister hielt Reichsminister a. D. Dr. Hamm ein Referat über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Er wies darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft gegenwärtig noch in ihrer Entwicklung sehr stark gehemmt sei.

Nach dem Referat des Reichsministers a. D. Hamm ergriff Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort und wies darauf hin, daß von der deutschen Währung und ihrer Stabilität heute überhaupt nicht gesprochen werden könne.

neugebildete und verfügbare Kapital vor allem der Wirtschaft zugute kommen müßte und die öffentlichen Körperschaften sich größter Zurückhaltung befleißigen sollten.

Ministerialdirektor Posse, der Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris, äußerte sich ferner über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Pause, die jetzt bis zum 10. Mai eingetreten sei, sei nicht etwa darauf zurückzuführen, daß zwischen beiden Delegationen unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien.

Dr. von Siemens sprach dann über das Thema „Nationalisierung und ihre wirtschaftliche Form“. Als letzter Redner sprach der Syndikus der Handelskammer Mannheim über „Europäische Probleme“. Der Industrie- und Handelstag setzte darauf einen besonderen Ausschuß ein, der im Einverständnis mit der Regierung und den Wirtschaftsverbänden praktische Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme machen soll.

Tagung des Korridorrichters in Danzig

U. Danzig, 28. April. Unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls Koch tagte hier gestern das deutsch-polnisch-danziger Korridorrichtersgericht, um über die Streitigkeiten im Korridortransitverkehr zu beraten. Deutschland war durch den deutschen Generalkonsul v. Thermann, Polen durch Ministerialdirektor Roderow vertreten.

Ein neuer Versuch mit Flekner-Rotoren. — Berlin, 28. April. Wie das Reichsministerium mittelt, ist auf Veranlassung der Marineleitung und mit Unterstützung der künftigen interessierten Reichsministerien durch die Hamburger Rederei Robert M. Sloman jr. ein neues Rotor-Motorschiff „Barbara“ gebaut worden.

eine Geschwindigkeit von zehn Sekundenmetern. Als Hilfswindantrieb sind außerdem drei Flekner-Rotore von je 17 Meter Höhe und vier Meter Durchmesser angebracht. Das Schiff wird im Sommer als erster Rotorfahrtsneubau der Welt in Dienst gestellt.

U. Bremen, 28. April. Heute nachmittag lief auf der Weser das 3000 Tonnen große Motor-Rotorschiff „Barbara“ vom Stapel. Die Spitzen der Bremer Behörden, Vertreter des Senats, der Reichsmarine sowie zahlreiche Offiziere wohnten der Feier bei.

Der Kutisker-Prozess.

* Berlin, 28. April. (Zuspruch.) Im Kutisker-Prozess wurde heute die Vernehmung über die Geschäfte mit dem Hanauer Lager fortgesetzt. Bei der Gegenüberstellung zwanzigjähriger Holzmanntage kommt es zu erregten Szenen. Der Vorsitzende muß wiederholt eingreifen, um die Streitenden zu beschwichtigen.

Heute entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere treu besorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin Luise Hakelberg geb Ernst.

Danksagung. Statt Karten. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem herben Verluste, den wir durch das Ableben unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante Emilie Feigenbutz

Statt Karten. — Danksagung. Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgang unseres lieben, treu besorgten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels Friedrich W. Murr Schreiner

Sür nur 15 Mk. Anzahlung! bekommen Sie ein Ia. Damen- oder Herrenmarkenrad, Nähmaschine oder Emailherd

SILMIT zum Bleichen-ohnegleichen. Sil gibt schneeweiße Wäsche in einfachstem Waschen, spart Seife und schont die Wäsche - Ohne Chlor -

Köln — Mannheim — Karlsruhe 17. April 1926. Herr am Sonnabend 17. April im Fernschnellzug von Köln nach Karlsruhe reisend, den „Querschnitt“ lesend, wird von Dame, der er in Mannheim 4 Uhr 47 beim Aussteigen half, um Adresse gebeten unter Chiffre O. F. 3491 B an: Orell Füssli-Annoucen, Zürich (Schweiz.) A1177

Kleine Anzeigen haben größten Erfolg in der „Badischen Presse.“ Amiliche Anzeigen. Nachdem die Maul- und Klauenpest unter dem Viehbestand der Molkerei Augustin Schwarz hier, Karl-Wilhelmstraße 66, abgeheilt ist, werden die unterm 12. März 1926 angeordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben.

Freiwillige Versteigerung. Freitag den 30. April, 3 Uhr, im früheren Pandlotal Steinstraße 23 i. A. gegen dar: Schränke, Schreibtische, Zimmertische, Sofas, Chaiselongues, Blüchergarnitur, Kuchenschrank, Betten mit Daunmatratze, 3 Zwietsch, Zausmann, großer Wiederschreibapparat, kompl. Schlüsselschloß für einel. Verion, Veranda, Nordmöbel, weißer Gasherd mit Ofen, Motorrad, elektrische Lampen, Eisschrank, Reklame, Bücher, Bilder etc.

Versteigerung. Freitag, 30. April, nachmittags 3 Uhr, verfelte ich i. A. Kurpente Nr. 19 im Saale: 1 Büffel, 1 Dipl.-Schreibtisch, Schränke, Bettstös, Kommoden, Tische, 1 Badkommode, Nachttische, Korz- und Schenkeltisch, Bücher, gefüllte Kissen, Sofa und 2 Polsterstühle, 1 Bett, 1 Alexandererde, 2 Neul.-Alben, 2 Tische, 1 Spiegel, elektr. Lampen und sonst versch.

Blauband im Volksmunde. Mit Blauband begonnen, heißt Geld gewonnen. Blauband wie Butter. 50 Pfennig 1/2 Pfd. Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis.

Ihren Urlaub finanziert die Gemeinnützige, Tisch, Geriendeim-Ges. Beitritt sofort anmelden v. d. Geschäftsstelle Eisenstraße 45, 47, Altes Ad. daf. 39683. Tafelbutter. wöchentlich abzugeben. Es wollen sich nur lautionsfähige Bewerber melden an den 1448a Borkand. Verloren. Golden. Remband (N. denten) 29712. verloren gegen Belohnung abzugeben auf dem Bundesreau. Ferd. Thiergarten Buch- und Offsetdrucker Verlag der „Badischen Presse“ Karlsruhe in Baden. Unferrieh! Wer erteilt gründl. französischen Unterricht. Preisnach. unter Nr. 38092 an die Bad. Pr.

JACK DEMPSEY im UNION-THEATER.



Badisches Landestheater
Wallenstein
Ein dramatisches Gemälde von Friedrich Schiller.

MOZART Künstlerspiele
Täglich das grosse Programm
Heute Tanzabend!

Flügel Pianinos Harmoniums
Ludwig Schwelsgut, Erbpriesterstr. 4

Palast-Lichtspiele
Herrenstraße 11
Nur 2 Tage noch
Heute Donnerstag und Morgen Freitag
Der hervorragende deutsche Großfilm
Der Rosenkavalier
Musik von Richard Strauss.

Waldstr. RESIDENZ-LICHTSPIELE
Täglich: Das wirkungsvollste Mady Christians-Lustspiel dieser Saison
Mady Christians in 'Nanette macht alles'

JACK DEMPSEY im UNION-THEATER.

Weiblich I. Buchhalterin sucht Volontärstelle

Wohnungsaustausch
Suche Wohnung in Parade-Gelegenheit

Zu vermieten
Laden
Sommer-Wohnung

Tage zur Probe
Schuhe u. Stiefel

1. Goldmark an Gummi-Mäntel

Mietgelegenheit
Laden

Konzerthaus
Heute Donnerstag 8 Uhr
Einziges Gastspiel Mary
Wigman Tanzgruppe

UNION-THEATER
Ab heute!
Der Henny Porten - Großfilm!
Das goldene Kalb
Ein Spiel von Gold und Glück und Galgen.

Waldstr. Waldstr.
Ehrliche Mädchen
Küchenmädchen

Waldstr.
Ehrliche Mädchen
Küchenmädchen

Waldstr.
Ehrliche Mädchen
Küchenmädchen

Gesellschaft für geistigen Aufbau.
Samstag, den 1. Mai 1920, abends 8 1/2 Uhr
Leo Baeck
Das Judentum als Weltreligion.

Was muß man tun?
Wenn man eine Stelle sucht oder zu vergeben hat

Bad Teinach
Mineralbad u. Luftkurort
Reisendes Waldtal mit herrlicher Umgebung

Buchhalter
Echtes Buchhalter
Echtes Buchhalter

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr unübertrefflich
Schmitz-Weißweiler

Man muß inserieren
und zwar in der größten Zeitung

Rollbahngeleise
10 Stück Muldenkipper, 3/4 cm Bohrer

Bücher-Reisende!
Echtes Buchhalter
Echtes Buchhalter

Kaffee Odeon
Heute abend 8 1/2 Uhr
Großes Sonder-Konzert

Immobilien
Papier-Schreibwarengeschäft

Bagerhaus
Metallwarenfabrik

Knechte und Mägde
für die Landwirtschaft mit guten Kenntnissen

Man-Lastkraftwagen
50/55 PS, 5 t. bereits neu zu verkaufen

Feinkost-Gesch.
in Karlsruhe, mittl. Größe, mit neuer Einrichtung

Villen
Einkaufshäuser

Verkäuferin-Gesuch!
Zum sofortigen oder späteren Eintritt

Der Herr von Geschmack
findet seinen Anzugstoff
Krause & Baitsch

Offene Stellen
Männlich
Klavierspieler

Stellengeluche
Männlich
Koch-Gehrsstelle

SEE FISCHER
Gingetroffen 1 Waggon
Kabliau
Süss-Bücklinge
Pfannkuch